

## **Meinhard Johannides – Vorsitzender der Fraktion DAK MG**

„Die gesetzlichen Krankenkassen stehen vor enormen finanziellen Herausforderungen. Für das Jahr 2027 wird ein Defizit im zweistelligen Milliardenbereich prognostiziert. Der Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbands hat die Situation mit der Aussage: „Die Hütte brennt“, treffend beschrieben.

Um dem entgegenzuwirken, sind umfassende Maßnahmen und Strukturreformen dringend erforderlich; auch die Einnahmen- und Ausgabenseite muss überprüft werden. Die „FinanzKommission Gesundheit“ soll deshalb bis Ende dieses Monats erste Vorschläge und bis zum Jahresende 2026 weitere Vorschläge erarbeiten, mit denen die finanzielle Lage der GKV stabilisiert werden soll und um einen weiteren Anstieg der Zusatzbeiträge zu verhindern.

Bisher beschränken sich die Aktivitäten der Ministerin weitgehend auf Gesetzesvorhaben wie z. B. die Notfall- und Rettungsdienstreform, das Apothekenreformgesetz, die Einführung eines Primärversorgungssystems, das Digitalgesetz u.a.m. – konkrete Gesetzesentwürfe (Referentenentwürfe) liegen aktuell – mit einer Ausnahme – keine vor!

Von anderen wurden verschiedene Vorschläge zur Kosteneinsparung in die Diskussion eingebracht; diese sind allerdings weder neu noch zielführend. Beispiele:

- Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung
- Wegfall der Kostenübernahme für Zahnbehandlungen
- Abschaffung von Satzungsleistungen
- Beitragserhebung auf Miet-, Pacht- und Kapitalerträge usw.

Bei dem einen oder anderen dieser Vorschläge liegt die Vermutung nahe, dass nicht die Konsolidierung der GKV-Finzen das Ziel ist, sondern die Gunst der Stunde genutzt werden soll, um andere, nämlich eigene Interessen durchzusetzen. (Stichworte z.B.: „IGeL“, Einschränkungen – Lohnfortzahlung usw.)

### **Stationäre Versorgung und Krankenhausreformenpassungsgesetz (KHAG)**

Ein wesentlicher Kostentreiber im Gesundheitswesen ist der stationäre Bereich. Im Jahr 2025 beliefen sich die Ausgaben der Kassen auf ca. 111,4 Milliarden Euro; 2026 ist mit weiteren deutlichen Steigerungen (ca. 120 Mrd. €) zu rechnen; 2021 lag dieser Wert bei 85,9 Mrd. Euro; die Steigerung entspricht knapp 30% (29,685%) innerhalb von nur fünf Jahren!

Bund und Länder haben sich, so der aktuelle Stand, auf einen Kompromiss beim Krankenhausreformenpassungsgesetz (KHAG) verständigt. Grundsätzlich ist diese Einigung

zu begrüßen, da nun die monatelangen Diskussionen zwischen Bund und Ländern beendet sein sollten. Allerdings sieht der Kompromiss viele Verwässerungen des ursprünglichen Gesetzes vor und beinhaltet u.a. eine Regelung, die wir sehr kritisch sehen. Krankenhäuser können bis zu sechs Jahren Leistungsgruppen zugewiesen werden, für die sie die Qualitäts- und Strukturanforderungen nicht erfüllen.

Diese Ausnahmeregelung könnte, so unsere Befürchtung, die Behandlungsqualität der Versicherten gefährden und die angestrebte qualitative Konzentration der Krankenhauslandschaft insgesamt auf Jahre massiv behindern.

### **DAK-Gesundheit:**

Der Wettbewerb unter den Krankenkassen wird von Jahr zu Jahr härter. Versicherte wechseln ihre Krankenkasse aufgrund steigender Zusatzbeiträge, in jüngster Zeit verstärkt mit massiver Unterstützung durch die Vergleichsportale im Internet. Die DAK-Gesundheit hat frühzeitig Maßnahmen ergriffen, um einerseits Abwanderungen zu begrenzen und andererseits neue Versicherte zu gewinnen. Die aktuellen Zahlen haben wir gerade in den Ausführungen des Vorstands gehört. Durch die Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen konnten erhebliche Einsparungen erzielt werden.

Bei allen, die an diesen Maßnahmen beteiligt sind, möchte ich mich namens unserer Fraktion bedanken. Wir gehen davon aus, dass die eingeleiteten Maßnahmen weiterhin mit Erfolg für die DAK-G umgesetzt werden.

### **Abschluss:**

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich noch mal an die Mitglieder der „FinanzKommissionGesundheit“ und insbesondere aber an die Verantwortlichen in der Bundesregierung und die Mitglieder der Parlamente (Bundestag und Bundesrat) appellieren, die dramatische finanzielle Lage in der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung ernst zu nehmen!

Es sind sofort wirksame Maßnahmen notwendig, um die Absicherung der Bevölkerung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit finanziell zu stabilisieren, zukunftsfest zu machen und dabei eine gute Versorgung der Versicherten zu bewahren.